

Inhalt

■ Ausschreibungen.....	5
Pilotprojekt: Künstliche Intelligenz zur Diagnose und Behandlung von Krebs bei Kindern.....	5
Europäisches Solidaritätskorps: Freiwilligenteams in prioritären Gebieten	5
Fonds für innere Sicherheit: Schutz des öffentlichen Raums.....	6
EaSI-PROGRESS: Interventionen zur Unterstützung von Menschen in gefährdeten Situationen	6
Erasmus-Akkreditierung im Jugendbereich 2021- 2027	7
■ Öffentliche Konsultationen	8
Aktualisierung des Aktionsplans für digitale Bildung	8
Bericht über die Unionsbürgerschaft 2020	8
Rechte von Flugreisenden mit Behinderungen und Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität	9
■ EU-Politik.....	10
Humanitäre EU-Hilfe für Uganda.....	10
Leitlinien zu digitalen Kompetenzen nach der Pandemie.....	10
EU-Justizbarometer 2020	11
Türkei: Verlängerung der humanitären EU-Programme für Flüchtlinge	11
Erklärung zum 25. Jahrestags des Völkermordes von Srebrenica	12



Neue Umfrage zur Unionsbürgerschaft.....	12
Vorbereitung auf das Ende des Übergangszeitraums mit dem Vereinigten Königreich	13
RegioStars 2020: Abstimmung über die besten EU-geförderten Projekte möglich	13
24 neue Europäische Hochschulen verstärken den europäischen Bildungsraum.....	14
Umsiedlung unbegleiteter Minderjähriger aus Griechenland nach Portugal und Finnland	15
EU-Hilfe zur Unterstützung bedürftiger Palästinenser*innen.....	15
Erneuerte Vereinbarung zum Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit.....	16
Wirtschaftsprognose Sommer 2020: Noch tiefere und uneinheitlichere Rezession	16
Team Europa unterstützt Somalia mit drei Flügen der humanitären Luftbrücke der EU	17
Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	17
Portal der Europäischen Kommission „Ihre Meinung zählt“ in neuem Gewand	18
Nothilfe-Treuhandfonds zur Bewältigung von COVID-19 in Nordafrika	19
EU-Kommission stellt Europäische Kompetenzagenda vor	19
EU-Kommission startet die Initiative „Förderung der Jugendbeschäftigung	20
Syrien-Krise: EU mobilisiert insgesamt 6,9 Mrd. Euro	21
Kommissarin Dalli will Gleichbehandlungsstellen stärken.....	21
Weltweite Corona-Krisenreaktion: EIB und Kommission sagen weitere 4,9 Mrd. Euro zu.....	22
Nothilfe-Treuhandfonds für das Horn von Afrika	22



Team Europa unterstützt Sudan durch humanitäre Luftbrücke	23
Neue Strategie zur Stärkung der Rechte von Opfern	23
EU-Haushalt 2021.....	24
Kommissionsbericht zu EU-Datenschutzvorschriften	25
Verhaltenskodex: Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet	25
Bericht der Kommission über die Europawahlen 2019.....	26
Weltflüchtlingstag.....	27
Coronavirus: Beförderung medizinischer Güter, medizinischer Teams und Patient*innen.....	27
Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels in Europa	28
Coronakrise: Kommission legt EU-Impfstoffstrategie vor	28
■ Veranstaltungen.....	29
Neue Dialogreihen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft/Veranstaltungen im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft	29
NECE Conference 2020	29

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,

Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,

E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe Juli 2020 ist der 15.07.2020.

■ Ausschreibungen

Pilotprojekt: Künstliche Intelligenz zur Diagnose und Behandlung von Krebs bei Kindern

Die Europäische Kommission hat eine Ausschreibung für ein Pilotprojekt zum Thema „Entwicklung künstlicher Intelligenz zur Diagnose und Behandlung von Krebs bei Kindern“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **18.08.2020**.

Das Projekt wird die Entwicklung multinationaler Ansätze unterstützen, um die Erfassung von Daten zu Krebs bei Kindern aus mehreren Quellen zu erleichtern. Des Weiteren wird es ein Multi-Stakeholder-Netzwerk aufbauen, um die Anwendungen von Technologien der künstlichen Intelligenz bei Krebs bei Kindern zu untersuchen.

Das Gesamtbudget wird auf 1 Mio. geschätzt. Es soll insgesamt ein Projekt gefördert werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Europäisches Solidaritätskorps: Freiwilligenteams in prioritären Gebieten

Die Europäische Kommission ruft alle Interessierten dazu auf, Projektideen für die Maßnahme „Freiwilligenteams in prioritären Gebieten“ im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps vorzuschlagen. Die Einreichfrist endet am **17.09.2020**.

Diese Maßnahme sieht Zuschüsse für Aktivitäten von Freiwilligenteams mit mindestens 40 Teilnehmenden vor, wobei der Schwerpunkt auf den thematischen Prioritäten liegt.

Die Prioritäten im Jahr 2020 lauten:

- Reaktion auf Umwelt- und Klimaprobleme (ohne sofortige Katastrophenhilfe);
- Projekte zum Aufbau integrativer Gesellschaften durch Überbrückung der generationsübergreifenden und sozialen Kluft oder Bewältigung von Herausforderungen im Zusammenhang mit der geografischen Entfernung;
- Projekte zur Verbesserung der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens.

Im Jahr 2020 beträgt das verfügbare Budget 1,1 Mio. Euro.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Fonds für innere Sicherheit: Schutz des öffentlichen Raums

Im Rahmen des Fonds für innere Sicherheit (Polizei) hat die Europäische Kommission eine Ausschreibung für Projekte zum Schutz des öffentlichen Raums veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **24.09.2020**.

Die vorliegende Aufforderung zielt darauf ab, Projekte zum Schutz des öffentlichen Raums zu finanzieren.

Mindestens eine der folgenden Prioritäten ist zu erfüllen:

1. Verbesserung des Schutzes von Kultstätten;
2. Entwicklung und Umsetzung bewährter Verfahren in den Bereichen Bewertung und Planung von Sicherheitslücken, Sensibilisierung und Schulung, physischer Schutz sowie Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Interessengruppen;
3. Verbessertes Aufspüren von Bedrohungen durch Spürhunde in öffentlichen Bereichen.

Bewerben können sich öffentliche Stellen, gemeinnützige private Einrichtungen sowie gewinnbringende Unternehmen.

Insgesamt stehen für den Aufruf 12 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

EaSI-PROGRESS: Interventionen zur Unterstützung von Menschen in gefährdeten Situationen

Die Europäische Kommission schreibt im Rahmen des EaSI-PROGRESS-Programms einen Aufruf zum Thema „Einrichtung und Erprobung integrierter Interventionen zur Unterstützung von Menschen in (den am stärksten) gefährdeten Situationen“ aus. Die Einreichfrist endet am **15.10.2020**.

Die Aufforderung wird innovative und experimentelle Projekte auf lokaler/regionaler Ebene unterstützen, die darauf abzielen, umfassende Strategien, Mechanismen und Dienstleistungen einzuführen, die einen ganzheitlichen Ansatz zur Unterstützung von Menschen in (den am stärksten) gefährdeten Situationen gewährleisten.

Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Organisationen (Behörden und Nichtregierungsorganisationen) aufzubauen und zu verbessern, (a) bei der Bereitstellung von Geldleistungen, (b) bei der Bereitstellung personalisierter soziale Dienste und anderer allgemeine Dienste und (c) bei der Bereitstellung von Maßnahmen zur Aktivierung für den Arbeitsmarkt. Diese Zusammenarbeit soll getestet und implementiert werden.

Der Zuschuss wird an ein Konsortium von Interessengruppen (Hauptantragsteller und Mit Antragsteller) vergeben.

Das vorgesehene Gesamtbudget wird auf 10 Mio. Euro geschätzt. Die Kommission plant, ca. acht Vorschläge auszuwählen.

Weitere Informationen:

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=629&langId=en&callId=603&furtherCalls=yes>

Erasmus-Akkreditierung im Jugendbereich 2021-2027

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des zukünftigen Programms ERASMUS (2021-2027) eine Aufforderung zur Akkreditierung im Jugendbereich veröffentlicht.

Der vereinfachte Zugang zu Fördermöglichkeiten in einem bestimmten Jahr erfordert die vorherige Erlangung der Akkreditierung. Die Bewertung der Anträge und die Erteilung von Akkreditierungen sind ein ständiger Prozess. Damit eine Akkreditierung im Rahmen dieser Aufforderung erteilt werden kann, müssen die Anträge bis spätestens **31.12.2021** eingereicht werden.

Das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport (2021-2027) wurde noch nicht vom europäischen Gesetzgeber angenommen. Gleichwohl wird diese Aufforderung zur Akkreditierung veröffentlicht, um potenziellen Begünstigten die Beantragung von Finanzhilfen der Union zu erleichtern, sobald der europäische Gesetzgeber die entsprechende Rechtsgrundlage angenommen hat.

Weitere Informationen: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.C_.2020.227.01.0009.01.DE.U&toc=OJ:C:2020:227:TOC

■ Öffentliche Konsultationen

Aktualisierung des Aktionsplans für digitale Bildung

Die Kommission hat am 18.06.2020 eine EU-weite öffentliche Konsultation eingeleitet, um bei der Aktualisierung des Aktionsplans für digitale Bildung die Erfahrungen zu berücksichtigen, die während der Coronavirus-Krise im Bildungswesen gesammelt wurden. Zahlreiche Schulen und Universitäten mussten aufgrund der Pandemie schließen und auf Fern- und Online-Unterricht umstellen. Plötzlich kam es zu einem massiven, nie da gewesenen Einsatz digitaler Technologien.

Die hierbei gesammelten Erfahrungen sollen im Rahmen der Konsultation zusammengetragen werden, und die so gewonnenen Erkenntnisse sollen in den Aktionsplan einfließen, der in der Aufbauphase nach der Coronavirus-Krise eine zentrale Funktion haben wird.

Die öffentliche Konsultation richtet sich an alle Bürger*innen sowie an Einrichtungen und Organisationen aus dem öffentlichen und privaten Sektor, die bereit sind, ihre Meinungen, ihre Erfahrungen in dieser beispiellosen Krise und ihre Vision für die digitale Bildung in Europa auszutauschen. Die Konsultation läuft bis zum **04.09.2020**.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12453-Digital-Education-Action-Plan/public-consultation>

Bericht über die Unionsbürgerschaft 2020

Mit dieser Konsultation sollen Informationen, Erfahrungen und Meinungen zu den mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechten erhoben werden, wie zu dem Recht, sich im Rahmen bestimmter Bedingungen in der gesamten EU frei zu bewegen und niederzulassen, zum aktiven und passiven Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und bei Gemeinderatswahlen und zum Recht auf konsularischen Schutz.

Außerdem sollen Informationen zu Fällen von Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit zusammengetragen werden.

Die Kommission möchte Beiträge von Bürger*innen und einem breiten Spektrum von Interessenträgern einholen, darunter Verwaltungen, nationale, regionale und lokale Behörden, Organisationen der Zivilgesellschaft, zwischenstaatliche Organisationen, europäische politische Parteien, EU-Institutionen, private Einrichtungen usw.

Eine Beteiligung ist bis zum **01.10.2020** möglich.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12455-EU-Citizenship-Report-2020/public-consultation>

Rechte von Flugreisenden mit Behinderungen und Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität

Die Kommission führt derzeit eine Bewertung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2006 über die Rechte von Flugreisenden mit Behinderungen und Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität (im Folgenden die „Verordnung“) durch, mit der ein gleiches Maß an Schutz und Hilfe in allen Mitgliedstaaten gewährleistet werden soll. Diese Konsultation wird es der Kommission ermöglichen, alle einschlägigen Interessenträger zu erreichen und sie aufzufordern, zu Fragen im Zusammenhang mit der Verordnung Stellung zu nehmen.

Verbraucher*innen sowie Verbraucherschutzverbände/ Bürger*innen; Fluggäste und ihre Verbände und Beratungsgremien; Behörden; Verkehrsunternehmen/ Beförderer und ihre Verbände; Terminalbetreiber/ Infrastrukturbetreiber und deren Verbände u. v. a. m. können sich bis zum **02.10.2020** an der Konsultation beteiligen.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11896-Evaluation-of-rights-of-persons-with-disabilities-and-with-reduced-mobility-PRM-when-travelling-by-air/public-consultation>

■ EU-Politik

Humanitäre EU-Hilfe für Uganda

Die EU wird im Jahr 2020 humanitäre Hilfe in Höhe von 24 Mio. Euro für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in Uganda bereitstellen, wobei der Schwerpunkt auf Flüchtlingen und ihren Aufnahmegemeinschaften liegt. Darüber hinaus erhalten Hilfsorganisationen in Uganda 1 Mio. Euro, um im Einklang mit dem nationalen Plan gegen die Pandemie Maßnahmen zur Prävention und zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus zu unterstützen.

Die von der EU finanzierten humanitären Projekte in Uganda werden an die neuen Herausforderungen angepasst, die sich aus der Coronavirus-Pandemie ergeben.

Andere humanitäre Projekte bieten Zugang zur Gesundheitsversorgung und zur Seuchenbekämpfung und -prävention. Darüber hinaus haben mehr als 20 000 Kinder mit Hilfe der EU Zugang zu Bildungsprogrammen erhalten.

Die humanitäre Hilfe der EU in Uganda geht Hand in Hand mit längerfristig angelegten Entwicklungsstrategien. Ziel dabei ist es, dauerhafte Lösungen zu finden, die Eigenständigkeit der Flüchtlinge zu stärken und deren Einbeziehung in Sozialschutzsysteme zu unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1341

Leitlinien zu digitalen Kompetenzen nach der Pandemie

Was bedeutet es, im Alltag, Beruf und beim Lernen digital kompetent zu sein? Der Europäische Referenzrahmen für digitale Kompetenzen „DigComp“ beschreibt dafür Kompetenzfelder, wie Medienkompetenz, digitale Zusammenarbeit, Erstellung digitaler Inhalte, der verantwortungsvolle Umgang mit digitalen Medien und digitales Problemlösen.

Am 13.07.2020 hat die Kommission neue Leitlinien mit praktischen Schritten, Tipps und Online-Ressourcen zur optimalen Nutzung des digitalen EU-Kompetenzrahmens „DigComp“ vorgestellt. Sie sollen Ausbilder*innen, Arbeitgeber*innen und Personalvermittler*innen dabei helfen, alle Beschäftigten mit ausreichend digitalen Fertigkeiten

auszurüsten, um in der Arbeitswelt während und nach der Coronavirus-Pandemie erfolgreich zu sein.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200713kommission-stellt-neue-leitlinien-zu-digitalen-kompetenzen-nach-der-pandemie-vor_de

EU-Justizbarometer 2020

Die Europäische Kommission hat am 10.07.2020 das [EU-Justizbarometer 2020](#) veröffentlicht, das einen vergleichenden Überblick über Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justizsysteme in allen EU-Mitgliedstaaten gibt. Dem diesjährigen Justizbarometer zufolge hat sich die Effizienz der Justizsysteme in einer Vielzahl von Mitgliedstaaten weiter erhöht.

Die wichtigsten Ergebnisse des Justizbarometers 2020 im Überblick:

- Aufwärtstrend bei der Effizienz der Justizsysteme;
- Wahrgenommene Unabhängigkeit der Justiz im Vergleich zu 2019 zurückgegangen;
- Verbesserungen bei Zugänglichkeit und Geschlechtergleichstellung.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1316

Türkei: Verlängerung der humanitären EU-Programme für Flüchtlinge

Im Nachgang zum Vorschlag der Kommission vom 03.06.2020 hat das Europäische Parlament am 10.07.2020 eine Aufstockung der Mittel zur Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei um 485 Mio. Euro genehmigt. Die nun sowohl vom Rat als auch vom Europäischen Parlament gebilligte Finanzierung wird es der Europäischen Union ermöglichen, zwei Vorzeigeprogramme für humanitäre Hilfe in der Türkei bis Ende 2021 zu verlängern.

Dank dieser Programme können mehr als 1,7 Mio. Flüchtlinge ihren Grundbedarf decken und über 600 000 Kinder eine Schule besuchen.

Alle Programme, die die EU aus Mitteln für humanitäre Hilfe finanziert, werden von UN-Organisationen, der Internationalen Föderation des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds oder NRO durchgeführt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1324

Erklärung zum 25. Jahrestags des Völkermordes von Srebrenica

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Ratspräsident Charles Michel und der Hohe Vertreter Josep Borrell haben anlässlich des 25. Jahrestags des Völkermordes von Srebrenica in einer gemeinsamen Erklärung ihre Anteilnahme mit den Opfern, Vermissten und deren Familien ausgedrückt. In der Erklärung heißt es: „Dieser Jahrestag ist eine schmerzhafteste Erinnerung. Vor 25 Jahren hat Europa sein Versprechen nicht erfüllt, dass es nie wieder eine solche Tragödie auf unserem Kontinent geben würde. Dieser Tag ist auch ein starkes Signal, dass wir die universellen Werte, die unserer Union zugrunde liegen – insbesondere die Menschenwürde – jederzeit und überall entschlossen verteidigen müssen.“

Die Europäische Union setzt sich weiterhin nachdrücklich dafür ein, Bosnien und Herzegowina und den gesamten Westbalkan bei der Förderung der Aussöhnung und der Überwindung des Vermächtnisses der Vergangenheit zu unterstützen, da ihre Zukunft in der EU näher denn je ist.“

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200710-jahrestag-srebrenica_de

Neue Umfrage zur Unionsbürgerschaft

Am 09.07.2020 veröffentlichte die Europäische Kommission eine neue [Eurobarometer-Umfrage über Unionsbürgerschaft und Demokratie](#). Diese zeigt, dass die große Mehrheit der Europäer*innen (91 %) mit dem Begriff „Unionsbürger“ vertraut ist. Das ist der höchste seit 2007 verzeichnete Bekanntheitsgrad und ein stetiger Anstieg von 87 % im Jahr 2015. Die meisten Europäer*innen sind gut über ihre Wahlrechte auf nationaler und europäischer Ebene informiert.

Darüber hinaus leitet die Europäische Kommission heute eine [öffentliche Konsultation zur Unionsbürgerschaft und den damit verliehenen Rechten](#) ein (s. o.).

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1293

Vorbereitung auf das Ende des Übergangszeitraums mit dem Vereinigten Königreich

Die Europäische Kommission hat am 09.07.2020 eine Mitteilung angenommen, die nationalen Behörden, Unternehmen sowie Bürger*innen dabei helfen soll, sich auf die unvermeidlichen Änderungen vorzubereiten, die das Ende des Übergangszeitraums mit sich bringen wird. Am 01.01.2021 wird es Änderungen im grenzüberschreitenden Austausch zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geben – unabhängig davon, ob ein Abkommen über die künftige Partnerschaft bestehen wird oder nicht.

Die verabschiedete [Mitteilung](#) „Bereit für Veränderungen“ gibt einen nach Sektoren gegliederten Überblick über die wichtigsten Bereiche, in denen sich unabhängig vom Ausgang der laufenden Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich etwas ändern wird, und enthält Maßnahmen, die nationale Behörden, Unternehmen sowie Bürger*innen treffen sollten, um auf diese Änderungen vorbereitet zu sein. Sie soll jedoch den Verhandlungsergebnissen in keiner Weise vorgreifen. Daher wird darin weder untersucht, wie sich ein Scheitern der Verhandlungen auswirken könnte, noch geprüft, ob Notfallmaßnahmen erforderlich wären.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1304

RegioStars 2020: Abstimmung über die besten EU-geförderten Projekte möglich

Die Europäische Kommission hat am 09.07.2020 die 25 Finalisten des Wettbewerbs „RegioStars 2020“ für die besten Projekte im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik bekannt gegeben. Bis zum 15.09.2020 kann abgestimmt werden.

Unter den Finalisten sind auch einige deutsche Projekte, wie der Bürgerbahnhof Plagwitz in Leipzig, das Berliner Projekt „HIGH FIVE! jugendrechte im quartier“ oder das deutsch-tschechische Projekt „Dem Klima auf der Spur“.

Die Finalisten treten in fünf Kategorien an, und in diesem Jahr gab es 206 Bewerbungen im Rahmen des RegioStars-Wettbewerbs, mehr als je zuvor. Die Gewinner werden am 14.10.2020 während der Europäischen Woche der Regionen und Städte in Brüssel bekannt gegeben.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200709-regiostars-2020_de

24 neue Europäische Hochschulen verstärken den europäischen Bildungsraum

Europäische Hochschulen sind transnationale Allianzen von Hochschuleinrichtungen aus der gesamten EU, die sich zum Nutzen von Studierenden, Lehrenden und Gesellschaften zusammenschließen.

Die Europäische Kommission hat am 09.07.2020 die weiteren 24 Europäischen Hochschulen vorgestellt, die zu den ersten 17 bereits 2019 ausgewählten Allianzen von Hochschuleinrichtungen hinzukommen werden. Mit der finanziellen Unterstützung aus den Programmen Erasmus+ und Horizont 2020 tragen sie zu mehr Attraktivität, Qualität, Inklusion und Digitalisierung in der europäischen Hochschulbildung bei.

An den 24 neu ausgewählten Europäischen Hochschulen, die aus 62 Bewerbungen ausgewählt wurden, sind 165 Hochschuleinrichtungen aus 26 Mitgliedstaaten und anderen Erasmus+-Programmländern beteiligt. Sie werden die Zusammenarbeit zwischen ihren Einrichtungen, ihren Studierenden und ihrem Personal vertiefen und Online- und physische Ressourcen, Kurse, Fachwissen, Daten und Infrastruktur bündeln.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1264

Umsiedlung unbegleiteter Minderjähriger aus Griechenland nach Portugal und Finnland

Am 7. und 8.07.2020 wurden im Rahmen eines von der Kommission und dem griechischen Sonderbeauftragten für unbegleitete Minderjährige gemeinsam mit UN-Agenturen und dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen organisierten Programms 49 unbegleitete Minderjährige aus Griechenland nach Portugal und Finnland umgesiedelt.

Mit diesen beiden Umsiedlungsmaßnahmen wird die Hauptphase des Programms eingeläutet. Nachdem die von der Kommission koordinierten Vorarbeiten nun abgeschlossen sind und die aufgrund des Coronavirus geltenden Reisebeschränkungen gelockert werden, werden die Umsiedlungen in den nächsten Monaten schrittweise fortgesetzt. Die nächsten Umsiedlungen finden im weiteren Verlauf des Monats statt: 18 Kinder finden in Belgien ein neues Zuhause, 50 in Frankreich, 106 (einschließlich Geschwistern und Eltern) in Deutschland, vier in Slowenien und zwei in Litauen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1288

EU-Hilfe zur Unterstützung bedürftiger Palästinenser*innen

Die EU hat am 08.07.2020 die Bereitstellung von humanitärer Hilfe in Höhe von 22,7 Mio. Euro zugunsten der bedürftigsten Menschen in Palästina, die zunehmend mit Gewalt, Not und einem Mangel an grundlegenden Dienstleistungen konfrontiert sind, angekündigt.

Im Westjordanland und dem Gazastreifen, die bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie unter den Folgen von Bewegungseinschränkungen litten, hat die Coronakrise zur weiteren Verschärfung der humanitären Krise geführt. Der Abriss von Wohnungen und Infrastrukturen im besetzten Westjordanland hat sich auch seit Beginn der weltweiten Pandemie fortgesetzt.

Von den 2,4 Millionen Palästinensern, die humanitäre Hilfe benötigen, leben 1,5 Mio. im abgesperrten Gazastreifen, in dem sich die Lebensbedingungen stetig verschlechtern.

Mit diesen zusätzlichen Mitteln stellt die EU schutzbedürftigen Familien finanzielle Unterstützung zur Verfügung, um Kindern einen sicheren Zugang zu Bildung und Verwundeten, die den Gaza-Streifen nicht verlassen können, eine spezielle Traumabehandlung zu gewährleisten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1298

Erneuerte Vereinbarung zum Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit

Die Europäische Kommission und die Weltbankgruppe unterzeichneten am 08.07.2020 eine Finanzpartnerschafts-Rahmenvereinbarung. Sie ist für die Bedingungen maßgeblich, unter denen die Weltbank Finanzmittel der Europäischen Union für Entwicklungsprojekte weltweit einsetzen wird.

Von der Vereinbarung, die auf der langjährigen Zusammenarbeit der Partner aufbaut, werden Impulse für das Wirtschaftswachstum, die digitale Entwicklung, die Beschäftigung und den Erwerb von Qualifikationen ausgehen. Zudem wird durch die Vereinbarung ein Beitrag zur Unterstützung fragiler und von Konflikten betroffener Staaten sowie zur Bekämpfung des Klimawandels und geschlechtsspezifischer Diskrepanzen in der ganzen Welt geleistet.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1300

Wirtschaftsprognose Sommer 2020: Noch tiefere und uneinheitlichere Rezession

Die EU-Wirtschaft wird in diesem Jahr aufgrund der Coronavirus-Pandemie trotz der raschen und umfassenden politischen Reaktion sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene eine tiefe Rezession durchmachen. Da die Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Pandemie langsamer gelockert werden als in unserer Frühjahrsprognose angenommen, werden die Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit im Jahr 2020 stärker sein als erwartet.

In der [Sommerprognose 2020](#) wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets 2020 um 8,7 % schrumpfen und 2021 dann um 6,1 % wachsen wird. Die Wirtschaft der EU insgesamt dürfte 2020 um 8,3 % schrumpfen und 2021 um 5,8 % wachsen.

Der für 2020 prognostizierte Abschwung könnte also deutlich ausgeprägter sein als noch im Frühjahr vorhergesehen. Gleiches gilt für die Erholung im kommenden Jahr, die der Sommerprognose zufolge etwas schwächer ausfallen dürfte als im Frühjahr angenommen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1269

Team Europa unterstützt Somalia mit drei Flügen der humanitären Luftbrücke der EU

Am 05.07.2020 ist ein Flug der humanitären Luftbrücke der EU aus Brindisi (Italien) in Mogadischu gelandet. An Bord waren humanitäre und medizinische Hilfsgüter, die vom italienischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit, italienischen Organisationen der Zivilgesellschaft und internationalen NRO bereitgestellt wurden. Von Brindisi wurden zwei weitere Flüge nach Somalia mit zusätzlichem Material an Bord gestartet, wodurch sich die Gesamtfracht auf 42 Tonnen erhöhte.

Die Flüge der humanitären Luftbrücke der EU nach Somalia wurden dank der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und Italien durchgeführt. Die gesamten Transportkosten werden von der Europäischen Kommission finanziert, und humanitäre Organisationen stellen die Fracht bereit.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1273

Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Der deutsche Vorsitz im Rat der EU kommt aus Sicht von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu einem entscheidenden Zeitpunkt.

Die nächsten sechs Monate wegweisend für die Zukunft der EU, sagte von der Leyen bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel nach einer Videokonferenz der Kommission mit der Bundesregierung. „Wir müssen nicht nur die Krise überwinden, sondern wir wollen und müssen auch den Weg der Modernisierung in der Europäischen Union mutig weitergehen“, sagte von der Leyen. „Die wichtigsten Herausforderungen Europas vor der Krise werden auch nach Überwindung der Krise dieselben bleiben: Klimawandel, Digitalisierung und die Stellung Europas in der Welt.“

Präsidentin von der Leyen strebt ebenso wie Bundeskanzlerin Merkel noch im Juli eine Einigung im Europäischen Rat über das Aufbauprogramm Next Generation EU und den langfristigen EU-Haushalt an. Die Krise gebe das Tempo vor.

Von der Leyen merkte auch an, dass die Prioritäten der deutschen Präsidentschaft mit dem Arbeitsprogramm der Kommission übereinstimmen - vom Klimaschutz über die Digitalisierung bis hin zu mehr Krisenfestigkeit in der Wirtschaft.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200703-von-der-leyen-ratspraesidentschaft_de

Portal der Europäischen Kommission „Ihre Meinung zählt“ in neuem Gewand

Seit dem 03.07.2020 ist eine überarbeitete Version des Portals der Europäischen Kommission „Ihre Meinung zählt“ online.

Auf dieser Online-Plattform können sich alle Bürger*innen (einschließlich Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen) zu Initiativen der Kommission in wichtigen Phasen des Gesetzgebungsprozesses äußern. Die neue Version soll zur Verbesserung des Konsultations- und Kommunikationsprozesses der Kommission mit der Öffentlichkeit beitragen und die Transparenz erhöhen. Ziel ist es, die Qualität der Politikgestaltung der EU mithilfe der Beiträge aller einschlägigen Interessenträger über das Portal zu verbessern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1240

Nothilfe-Treuhandfonds zur Bewältigung von COVID-19 in Nordafrika

Als Teil ihrer globalen Reaktion der EU auf den Ausbruch des Coronavirus hat die EU am 02.07.2020 – im Rahmen ihres Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika (EUTF) – ein neues Hilfspaket mit dem Ziel verabschiedet, Migrant*innen zu schützen, lokale Gemeinschaften zu stabilisieren und gegen COVID-19 in Nordafrika vorzugehen. Dieses Paket umfasst neue Mittel in Höhe von 80 Mio. Euro sowie Umschichtungen in Höhe von 30 Mio. Euro aus nicht vergebenen Mitteln des EUTF.

Im Einklang mit der [Gemeinsamen Mitteilung über die globale Reaktion der EU auf COVID 19](#) werden diese neuen Mitteln dazu beitragen, die Kapazitäten zur sofortigen Reaktion auf das Virus auszubauen, die Gesundheitssysteme und -dienste in den nordafrikanischen Partnerländern zu stärken, auf die sozioökonomischen Auswirkungen der Krise zu reagieren und weitere Maßnahmen zum Schutz von Flüchtlingen und Migrant*innen und zur Stabilisierung lokaler Gemeinschaften zu ergreifen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1244

EU-Kommission stellt Europäische Kompetenzagenda vor

Am 01.07.2020 stellt die Europäische Kommission die Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz vor.

Diese legt ehrgeizige und quantitative Ziele für die Weiterbildung (Verbesserung bestehender Kompetenzen) und Umschulung (Erwerb neuer Kompetenzen) fest, die in den nächsten fünf Jahren erreicht werden sollen.

Bei 12 Maßnahmen werden dabei arbeitsplatzrelevante Kompetenzen in den Mittelpunkt gestellt, bei denen Mitgliedstaaten, Unternehmen und Sozialpartner Partnerschaften eingehen und zusammen auf einen Wandel hinarbeiten sollen, Menschen in die Lage versetzt werden, an Programmen des lebenslangen Lernens teilzunehmen, und der EU-Haushalt als Katalysator für die Mobilisierung von öffentlichen und privaten Investitionen in Kompetenzen fungieren soll.

Ziel ist es sicherzustellen, dass das in der europäischen Säule sozialer Rechte verankerte Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen in ganz Europa – in den Städten wie in abgelegenen oder ländlichen Gebieten – Realität wird, was allen zum Vorteil gereicht. Die EU-Kommission stellt Kompetenzen ins Zentrum der EU-Agenda, mit der Investitionen in Menschen und ihre Kompetenzen für einen nachhaltigen Aufschwung nach der Coronapandemie gesteuert werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1196

EU-Kommission startet die Initiative „Förderung der Jugendbeschäftigung“

Die Europäische Kommission ergreift am 01.07.2020 Maßnahmen, um jungen Menschen alle Möglichkeiten zu bieten, ihr Potenzial für die Gestaltung der Zukunft der EU voll auszuschöpfen und sich im Umfeld des grünen und digitalen Wandels zu behaupten. Durch die COVID-19-Pandemie wird für viele junge Menschen der Einstieg in den Arbeitsmarkt noch schwieriger. Wir müssen also rasch handeln und jetzt unsere Aufmerksamkeit auf die nächste Generation richten.

Die Kommission nutzt diese Gelegenheit um den grünen und den digitalen Wandel fest in der Jugend- und Beschäftigungspolitik zu verankern. Mit dem Aufbauinstrument NextGenerationEU und im Rahmen des künftigen EU-Haushalts hat die Kommission bereits umfangreiche Finanzierungsmöglichkeiten der EU für Jugendbeschäftigung vorgeschlagen. Nun ist es Aufgabe der Mitgliedstaaten diesen Investitionen Vorrang einzuräumen. Für die Förderung der Beschäftigung junger Menschen sollten mindestens 22 Mrd. Euro aufgewendet werden.

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Beschäftigungsförderung für junge Menschen durch den Einsatz der im Rahmen von NextGenerationEU und im künftigen EU-Haushalt zur Verfügung stehenden umfangreichen Mittel zu verstärken.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1193

Syrien-Krise: EU mobilisiert insgesamt 6,9 Mrd. Euro

Auf der vierten [Brüsseler Konferenz zur Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region](#) hat die internationale Gemeinschaft für 2020 und danach für Syrien und die wichtigsten Aufnahmeländer syrischer Flüchtlinge einen Betrag von insgesamt 6,9 Mrd. Euro zugesagt. Von diesem Betrag stellt die Europäische Union insgesamt 71 % bzw. 4,9 Mrd. Euro bereit, wobei 2,3 Mrd. Euro auf die Europäische Kommission und 2,6 Mrd. Euro auf die EU-Mitgliedstaaten entfallen. Mit über 20 Mrd. Euro, die seit 2011 an Unterstützung für humanitäre Hilfe, Stabilisierung und Resilienz, Entwicklung und Wirtschaftshilfe bereitgestellt wurden, sind die EU und ihre Mitgliedstaaten die wichtigsten Geber bei der Überwindung der Folgen der Syrienkrise.

Die vierte Brüsseler Konferenz, die vom 22.-30.06.2020 virtuell stattgefunden hat und gemeinsam mit den Vereinten Nationen (VN) geleitet wurde, brachte alle maßgeblichen Akteure aus über 80 Ländern sowie Vertreter*innen von internationalen Organisationen zusammen. Sie berieten über die aktuelle Lage in Syrien und in der Region und erneuerten ihre Unterstützung für die Bemühungen, unter der Leitung der VN eine umfassende politische Lösung für den Konflikt zu finden. Außerdem bot die Konferenz eine einzigartige Plattform für den Dialog mit der Zivilgesellschaft.

Die beiden Vorsitzenden haben eine [gemeinsame Erklärung](#) abgegeben.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1211

Kommissarin Dalli will Gleichbehandlungsstellen stärken

Gleichstellungskommissarin Helena Dalli fordert eine bessere Ausstattung der nationalen Gleichbehandlungsstellen in der EU. Während der Konferenz „Gleichstellung 2020“ zum 20jährigen Jubiläum der EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse sagte Dalli: „In den letzten 20 Jahren haben Gleichstellungsstellen in der EU, die mit Rechtsinstrumenten ausgestattet sind, die Gleichstellung in ganz Europa vorangetrieben und positive Veränderungen auf gesellschaftlicher, institutioneller und individueller Ebene ausgelöst.“

Heute bestehe ihr Hauptziel darin, die Anwendung der Richtlinie zu stärken und „sicherzustellen, dass die Gleichbehandlungsstellen gut ausgestattet sind, um ihre Aufgaben unabhängig und effektiv zu erfüllen.“

Die Konferenz „Gleichstellung 2020“, die gemeinsam von der Europäischen Kommission, dem Rat, der kroatischen EU-Präsidentschaft und dem Europäischen Netzwerk der Gleichbehandlungsstellen „EQUINET“ veranstaltet wird, bringt Vertreter*innen der Mitgliedstaaten, der Gleichbehandlungsstellen und der Zivilgesellschaft zusammen, um die Zukunft der Gleichstellung in Europa zu diskutieren.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200629-dalligleichbehandlung_de

Weltweite Corona-Krisenreaktion: EIB und Kommission sagen weitere 4,9 Mrd. Euro zu

Mit dem am 27.06.2020 von der Kommission und Global Citizen im Rahmen der Kampagne *Global Goal: Unite for our Future* veranstalteten Spendengipfel konnten 6,15 Mrd. Euro an zusätzlichen Mitteln mobilisiert werden, um die Entwicklung und die allgemeine, gleichberechtigte Verfügbarkeit von Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika zur Bekämpfung des Coronavirus zu unterstützen. Mit den erbrachten Mitteln soll zudem die wirtschaftliche Erholung in den schwächsten Regionen und Gemeinschaften der Welt gefördert werden.

Der Betrag umfasst die gemeinsame Zusage der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Kommission von 4,9 Mrd. Euro sowie Mittel in Höhe von 485 Mio. Euro, die von den EU-Mitgliedstaaten gebunden wurden. Damit belaufen sich die Zusagen auf insgesamt 15,9 Mrd. Euro.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1213

Nothilfe-Treuhandfonds für das Horn von Afrika

Die Europäische Union stellt im Rahmen des EU-Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika (EUTF-Afrika) zusätzliche Mittel in Höhe von 97,2 Mio. Euro für Programme am Horn von Afrika mit dem Ziel bereit.

Diese Programme unterstützen die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verwaltung der öffentlichen Finanzen und den Zugang zu Bildung für schutzbedürftige Gruppen, insbesondere Flüchtlinge und Vertriebene.

Mit der Annahme dieser neuen Projekte und Mittelaufstockungen finanziert der EUTF nun 239 Programme mit einem Gesamtvolumen von 4,68 Mrd. Euro.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1195

Team Europa unterstützt Sudan durch humanitäre Luftbrücke

Am 24.06.2020 ist der zweite von zwei Flügen der humanitären Luftbrücke der EU in Sudan gelandet, um dazu beizutragen, dass humanitäre Helfer*innen und wichtige Versorgungsgüter zu Menschen in Not gelangen, und die Coronavirus-Krisenreaktion in dem Land zu unterstützen.

Ermöglicht wurde dieser Flug der humanitären Luftbrücke nach Sudan, der vollständig aus EU-Mitteln finanziert wird, durch das koordinierte Konzept Team Europa, bei dem Ressourcen der Europäischen Union, Schwedens, Frankreichs und des humanitären Logistiknetzes gebündelt wurden.

Die humanitäre Luftbrücke der EU für Sudan ist Teil der globalen Reaktion der EU auf die Coronavirus-Pandemie. Durch diese globale Reaktion wird Afrika mit 6 Mrd. Euro unterstützt, davon sind mehr als 120 Mio. Euro für Sudan bestimmt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1180

Neue Strategie zur Stärkung der Rechte von Opfern

Die Europäische Kommission hat am 24.06.2020 erstmals eine EU-Strategie für Opferrechte vorgelegt, die sicherstellen soll, dass alle Opfer von Straftaten ihre Rechte in vollem Umfang wahrnehmen können, unabhängig davon, wo in der EU die Straftat begangen wurde.

Die Strategie sieht ein Maßnahmenpaket für die nächsten fünf Jahre vor, mit dem zwei Ziele verfolgt werden: Erstens sollen Opfer in die Lage versetzt werden, Straftaten anzuzeigen, eine Entschädigung zu erwirken und sich schließlich von den Folgen einer Straftat zu erholen; zweitens wird eine Zusammenarbeit mit allen für die Opferrechte relevanten Akteur*innen angestrebt.

Angeichts des jüngsten Ausbruchs von COVID-19 und der daraufhin verhängten Ausgangsbeschränkungen, die zu einem Anstieg von häuslicher Gewalt, sexuellem Missbrauch von Kindern, Cyberkriminalität und rassistisch und fremdenfeindlich motivierten Hassdelikten geführt haben, ist es besonders wichtig, dass der Rahmen für die Unterstützung und den Schutz der Opfer auch Krisensituationen standhalten kann.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1168

EU-Haushalt 2021

Die Kommission hat am 24.06.2020 für das Jahr 2021 einen EU-Haushalt in Höhe von 166,7 Mrd. Euro vorgeschlagen. Hinzukommen sollen 211 Mrd. Euro an Finanzhilfen und rund 133 Mrd. Euro an Darlehen im Rahmen von *Next Generation EU*, dem befristeten Aufbauinstrument, das Investitionen mobilisieren und die europäische Wirtschaft wieder in Schwung bringen soll.

Zusammengenommen werden der Jahreshaushalt und Next Generation EU im Jahr 2021 beträchtliche Investitionen mobilisieren, um die unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Schäden der Coronavirus-Pandemie zu beseitigen, einen nachhaltigen Aufbau in Gang zu bringen und Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Der Haushalt wird auch der Verpflichtung voll und ganz gerecht, in die Zukunft zu investieren, damit Europa umweltfreundlicher, digital besser aufgestellt und widerstandsfähiger wird.

Sobald dieser Vorschlag angenommen ist, steht damit also sowohl der erste Haushalt im Rahmen des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 als auch der erste von Kommissionspräsidentin von der Leyen vorgelegte Jahreshaushalt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1171

Kommissionsbericht zu EU-Datenschutzvorschriften

Nach etwas mehr als zwei Jahren seit dem Inkrafttreten der [Datenschutz-Grundverordnung \(DSGVO\)](#) hat die Europäische Kommission am 24.06.2020 einen Bewertungsbericht veröffentlicht. Dem Bericht zufolge hat die DSGVO die meisten ihrer Ziele erreicht, insbesondere aufgrund der leistungsstarken, durchsetzbaren Vorschriften für die Bürger*innen und eines durch die DSGVO neu geschaffenen europäischen Governance- und Durchsetzungssystems. Auch bei der Unterstützung digitaler Lösungen in unvorhersehbaren Situationen wie der COVID-19-Krise hat sich die DSGVO als flexibel erwiesen.

Der Bericht kommt auch zu dem Schluss, dass die Harmonisierung in den Mitgliedstaaten zunimmt, auch wenn ein gewisses Maß an Fragmentierung besteht, das ständig überwacht werden muss.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1163

Verhaltenskodex: Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet

Die Europäische Kommission hat am 22.06.2020 die [Ergebnisse ihrer fünften Bewertung](#) des Verhaltenskodex von 2016 für die Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet veröffentlicht. Die Ergebnisse sind insgesamt positiv: 90 % der gekennzeichneten Inhalte werden von den IT-Unternehmen innerhalb von 24 Stunden beurteilt und 71 % der als illegale Hetze gewerteten Inhalte entfernt. Die Plattformen müssen jedoch die Transparenz und das Feedback an die Nutzer weiter verbessern. Außerdem müssen sie sicherstellen, dass gekennzeichnete Inhalte im Laufe der Zeit einheitlich bewertet werden; getrennte und vergleichbare Bewertungen, die in verschiedenen Zeiträumen durchgeführt wurden, zeigten Leistungsunterschiede.

Die Ergebnisse, die im Rahmen der Umsetzung des Verhaltenskodex in den letzten vier Jahren erzielt wurden, werden in die laufenden Überlegungen darüber einfließen, wie

Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Online-Inhalte im Rahmen des künftigen Pakets zum Gesetz über digitale Dienste, zu dem die Kommission kürzlich eine öffentliche Konsultation eingeleitet hat, verstärkt werden können.

Die Kommission wird prüfen, wie alle Plattformen, die mit illegalen Hassreden konfrontiert sind, dazu bewegt werden können, wirksame Melde- und Abhilfesysteme einzurichten.

Darüber hinaus wird die Kommission in den Jahren 2020 und 2021 den Dialog zwischen IT-Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die vor Ort gegen illegale Hassreden vorgehen, erleichtern, insbesondere um die Zusammenarbeit mit Teams zur Moderation der Inhalte sowie das gegenseitige Verständnis der lokalen rechtlichen Besonderheiten im Zusammenhang mit Hassreden zu fördern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1134

Bericht der Kommission über die Europawahlen 2019

Die Europäische Kommission hat am 19.06.2020 ihren Bericht über die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 veröffentlicht. Demnach war die Rekordwahlbeteiligung vor allem den Jung- und Erstwähler*innen zu verdanken. Der Wahlkampf zu den Europawahlen 2019 war digitaler denn je – fast die Hälfte der EU-Bürger*innen informiert sich mittlerweile vor allem online über die nationale und europäische Politik. Gleichzeitig gelten in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Regeln für den digitalen Wahlkampf, auch in Bezug auf bezahlte politische Online-Inhalte.

Mehrere Themen waren Gegenstand einer dynamischen europäischen Debatte, was zeigt, dass die europäische Dimension der Politik an Bedeutung gewinnt, auch wenn sowohl für die Kandidat*innen als auch für die Wähler*innen spezifische nationale Fragen immer noch im Vordergrund stehen. Die europäischen Bürger*innen äußerten zunehmend Zufriedenheit über die freien und fairen Wahlen in der EU, doch bedarf es noch weiterer Anstrengungen, um die Demokratie vor ausländischer Einflussnahme und Manipulation zu schützen und freie und faire Wahlen in Europa zu stärken.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1123

Weltflüchtlingstag

Zum Weltflüchtlingstag am 20.06.2020 bekräftigen die Europäische Kommission und der Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, in einer gemeinsamen Erklärung die ungebrochene Unterstützung der EU für Menschen, die weltweit internationalen Schutz benötigen.

Um konkrete Hilfe zu würdigen, hat die Kommission anlässlich des Weltflüchtlingstags zwölf Finalisten für den EU-Forschungspreis zu erschwinglicher High-Tech in der humanitären Hilfe bekanntgegeben. Die Firma Friz Biochem aus Neuried bei München ist mit einem Projekt zur Tuberkulosedagnostik in der engeren Wahl.

Der mit 5 Mio. Euro dotierte Preis zu erschwinglicher High-Tech in der humanitären Hilfe wird im Rahmen des EU-Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont 2020 vergeben und zeichnet die besten und kostengünstigen technologiebasierten Lösungen für humanitäre Hilfe aus.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200619-weltfluechtlingstag_de

Coronavirus: Beförderung medizinischer Güter, medizinischer Teams und Patient*innen

Die Länder der Europäischen Union können nun über das Soforthilfeinstrument zusätzliche Mittel für die Beförderung wesentlicher Güter, medizinischer Teams und vom Coronavirus betroffenen Patient*innen beantragen. Die Mittel ergänzen die Unterstützung, die bereits über das EU-Katastrophenschutzverfahren zur Verfügung gestellt wurde, sowie die über rescEU abgewickelten Lieferungen von Schutzausrüstungen.

Die Europäische Kommission hat den Mitgliedstaaten am 17.06.2020 die Verfahren und Kriterien für die Beantragung der Fördermittel vorgelegt, die im Rahmen des Mobilitätspakets gewährt werden. Die Mitgliedstaaten können ihre Anträge nun bei der Europäischen Kommission einreichen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1118

Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels in Europa

Die Europäische Kommission verabschiedete am 17.06.2020 ihren ersten Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels. Darin werden die Triebkräfte dieses langfristigen Wandels und seine Auswirkungen auf ganz Europa vorgestellt. Überdies werden die Zusammenhänge zwischen den demografischen Strukturen und den Auswirkungen und dem Potenzial zur Erholung von der Krise hervorgehoben.

Der Bericht gibt Aufschluss über langfristige demografische Trends in den Regionen Europas – von einer höheren Lebenserwartung bis hin zu niedrigeren Geburtenraten, überalternden Gesellschaften, kleineren Haushalten und zunehmender Verstädterung. Er geht zudem auf den rückläufigen Anteil Europas an der Weltbevölkerung ein, der bis 2070 voraussichtlich weniger als 4 % ausmachen wird. Der Bericht veranschaulicht die erheblichen Unterschiede im demografischen Wandel zwischen den Regionen sowie die Notwendigkeit, seine Auswirkungen auf Wachstum und Nachhaltigkeit, Beschäftigung, Gesundheit und Langzeitpflege in verschiedenen Teilen Europas anzugehen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1056

Coronakrise: Kommission legt EU-Impfstoffstrategie vor

Um weltweit Menschenleben zu schützen, stellt die Europäische Kommission am 17.06.2020 eine [europäische Strategie](#) zur Beschleunigung der Entwicklung, Herstellung und Bereitstellung von Impfstoffen gegen COVID-19 vor. Mit der vorgelegten Strategie, die auf dem von den Gesundheitsminister*innen der EU erteilten Mandat beruht, wird ein gemeinsamer Ansatz der EU vorgeschlagen.

Frankreich, Deutschland, Italien und die Niederlande haben durch die Bildung einer „Inklusiven Impfallianz“ bereits einen wichtigen Schritt zur Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten unternommen. Die EU-Impfstoffstrategie wird ein gemeinsames und zukunftsgerichtetes Konzept umsetzen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1103

■ Veranstaltungen

Neue Dialogreihen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft / Veranstaltungen im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland begleitet den deutschen Vorsitz im Rat der EU (zweites Halbjahr 2020) mit einer Reihe von Veranstaltungen.

Zu den verschiedenen Formaten zählen z. B. das „EBD (Europäische Bewegung Deutschland) Briefing: Kommission direkt“, Dialogreihen mit der Kommission und der Fachöffentlichkeit, Rollenspiele für junge Erwachsene zu europapolitischen Themen in vielen deutschen Städten sowie virtuelle Brüssel-Besuche von Schulklassen, Medien und anderen Gruppen.

Weitere Informationen sowie die Termine finden Sie hier:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200701-eu-ratspraesidentschaft-vertretung-kommission_de/;](https://ec.europa.eu/germany/news/20200701-eu-ratspraesidentschaft-vertretung-kommission_de/)

Veranstaltungskalender zur EU-Ratspräsidentschaft:
<https://www.eu2020.de/eu2020-de/veranstaltungen>

NECE Conference 2020

Vom **05.-08.11.2020** findet im Berlin Congress Center in Berlin die NECE-Konferenz 2020 statt.

Die „NECE-Networking European Citizenship Education-Plattform“ ist eine europäische Initiative für bürgerschaftliche Bildung, die von der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) gemeinsam mit sieben Partnern aus Frankreich, den Niederlanden, Luxemburg, Österreich, Slowenien, Polen und Tschechien vor mehr als zehn Jahren ins Leben gerufen wurde.

Die diesjährige Konferenz widmet sich im Rahmen der deutschen EU Ratspräsidentschaft den Themen politische Bildung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Zeiten grundlegender Veränderungen. NECE ist kostenlos und offen für Bildungsträger im Bereich Bürgerschaft, Aktivisten und Studenten aus Europa.

Weitere Informationen: <https://www.nece-conference.eu/>